



Positionspapier zur Klimapolitik

Positionen der IHK Aschaffenburg

IHK

Industrie- und Handelskammer
Aschaffenburg

Wirtschaft für Zukunft

Klimaschutz effizienter erreichen und international abstimmen

Klimaschutz bleibt für die deutsche Wirtschaft ein zentrales Anliegen. Die Unternehmen bekennen sich klar zur Klimaneutralität und treiben sie mit viel Eigeninitiative voran. 90 Prozent haben ein betriebliches Klimaneutralitätsziel bis 2045 und viele Betriebe verknüpfen damit konkrete Geschäftschancen für ihre Produkte und Dienstleistungen, auch im Export.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, dass der bisher eingeschlagene Weg nicht ausreicht, um das Ziel zu erreichen, und wirtschaftlich kaum tragfähig ist. Viele Betriebe geraten angesichts hoher Kosten, langer Verfahren, Unklarheiten bei der Entwicklung neuer Infrastrukturen und international ungleicher Rahmenbedingungen an ihre Belastungsgrenzen, mit wachsender Sorge um Wettbewerbsfähigkeit und Akzeptanz, wie auch das IHK-Energiewende-Barometer zeigt.

Vor diesem Hintergrund legt die IHK Vorschläge vor, die Klimaschutz wirksamer, schneller und effizienter machen sollen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Transformation unserer Wirtschaft bleiben dafür zentrale Voraussetzungen. Gleichzeitig müssen weitere Instrumente, wie in diesem Papier vorgeschlagen, offen und sachlich diskutiert werden, um Klimaschutz ambitioniert, international abgestimmt und wirtschaftlich tragfähig zu gestalten.

Unser Ziel ist es, die Energie- und Klimapolitik so weiterzuentwickeln, dass Deutschland klimaneutral wird, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichert und die gesellschaftliche Unterstützung für die Transformation stärkt. Die IHK Aschaffenburg versteht sich dabei als konstruktiver Partner für ambitionierten Klimaschutz, der wirkt und wirtschaftlich bestehen kann.



Vor dem Hintergrund eines breiten Meinungsspektrums in der Wirtschaft macht die IHK folgende Vorschläge:

Klimaschutz international stärken, internationale Klimaschutzzertifikate nutzen

- Die Bundesregierung ist gefordert, gemeinsam mit den europäischen Partnerländern andere Staaten zu schnellerem Klimaschutz zu bewegen, z. B. durch Verknüpfungen von Emissionshandelssystemen. So lassen sich Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen begrenzen, Wachstumsmöglichkeiten für Cleantech-Betriebe steigern und Kosten des Klimawandels global senken.
- Die EU-Kommission ist auf dem Weg, die Emissionshandelspfade zu strecken und Mehremissionen gegenüber dem Status quo aufgrund der Wettbewerbssituation zu ermöglichen – nicht zuletzt durch den Beschluss, internationale Klimaschutzzertifikate ab 2036 zuzulassen. Die Bundesregierung sollte sich für diesen Prozess einsetzen und in der EU für eine noch schnellere Anerkennung internationaler Zertifikate und deren Integration in die Emissionshandelssysteme werben. Hintergrund ist, dass die Entwicklung neuer Infrastrukturen für Strom, Wasserstoff und CO₂ länger dauert und die Energiekosten für die allermeisten Betriebe gegenüber dem Status quo steigen. Für den Übergang zur Klimaneutralität benötigen die Unternehmen daher Zeit.
- Internationale Klimaschutzprojekte können ein Hebel sein, um Emissionen global mit hoher ökologischer Wirkung, aber auch ökonomisch effizient zu senken. Unternehmen sollten aus solchen Projekten Zertifikate analog zu freien Zuteilungen im Emissionshandel oder Gutschriften erhalten, die sie für die eigene Transformation anrechnen oder mit denen sie handeln können. Dadurch kann zusätzliches privates Kapital für den internationalen Klimaschutz aktiviert werden. Durch Investitionen in internationale Projekte können Technologien sowie Know-how exportiert und verbreitet werden.

Emissionshandelssysteme ausbauen und verknüpfen

- Die deutsche Wirtschaft befürwortet mit überwiegender Mehrheit den Start des zweiten europäischen Emissionshandels für Wärme und Verkehr im Jahr 2028, da dies europaweit gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellen und allen Sektoren Anreize für die Transformation bieten würde. Eine weitere Verschiebung des Starts würde den Klimaschutz auf europäischer Ebene verlangsamen und Chancen für die deutsche Cleantech-Branche schmälern. Die Bundesregierung sollte sich daher gegenüber den anderen Mitgliedstaaten für dieses Instrument einsetzen.
- Immer mehr Länder führen eigene CO₂-Handelssysteme ein. Die EU sollte zur Angleichung der Systeme beitragen oder zumindest eine gegenseitige Anrechenbarkeit von CO₂-Abgaben ermöglichen. Dies würde den internationalen Klimaschutz stärken und Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen verringern.

Unternehmen so lange wie nötig schützen

- Die nationale und europäische Klimaschutzpolitik verfehlt ihr Ziel teilweise deshalb, weil sie zur Verlagerung von Wertschöpfungsketten ins Ausland führt. Das schadet nicht nur dem Wirtschaftsstandort Deutschland, sondern erhöht auch Importbedarfe und -abhängigkeiten. Diese Entwicklung führt auch zu einem Anstieg der globalen Emissionen, da eine Abwanderung von Produktion in Länder mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzauflagen erfolgt (Carbon Leakage). Ausgleichsmaßnahmen (Kompensationen, freie Zuteilungen) können dies verhindern. Sie sollten so lange erfolgen, bis die Gefahr nicht mehr besteht. Für den 2028 startenden zweiten europäischen Emissionshandel fehlt ein solcher Schutz. Die EU muss schnell handeln, um hier Abhilfe zu schaffen.

Aufbau einer Kreislaufwirtschaft für den Erfolg der Energiewende notwendig

- Die Transformation des Energiesystems braucht Rohstoffe. Neue Technologien erfordern Materialien, wie z. B. Kupfer, Cobalt oder Platin, die nicht in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stehen. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil für ein zukunftsfähiges Energiesystem; ihre Knappheit und ihre Kosten könnten das Erreichen der Klimaneutralität gefährden. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation des Energiesystems führen einerseits zu weniger Importen von Energierohstoffen und senken damit Abhängigkeiten. Gleichzeitig erhöhen sich Abhängigkeiten von kritischen Rohstoffen. Daher sind eine stärkere Nutzung heimischer Ressourcen und die Stärkung der Kreislaufwirtschaft notwendige Voraussetzungen für einen resilienten, erfolgreichen Weg zur Klimaneutralität.
- Zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft werden einfache, international abgestimmte Qualitätsstandards für Sekundärrohstoffe und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Aufbau von Recyclingkapazitäten benötigt. Carbon Capture and Utilization (CCU) sollte im Rahmen der Kreislaufwirtschaft einbezogen werden, um die Entwicklung von Geschäftsmodellen für die Nutzung von CO₂ als Rohstoff und Produkt zu ermöglichen. Derzeit wird CCU nur bei einer langfristigen CO₂-Bindung von über 100 Jahren anerkannt, was die Transformation im Übergangszeitraum hemmt.

Belastungen abbauen, Elektrifizierung ermöglichen

- Die Cleantech-Unternehmen sind wie alle Branchen auf gute Rahmenbedingungen am Standort Deutschland angewiesen, um wachsen zu können. Dazu gehören wettbewerbsfähige Energiepreise und Lohnnebenkosten, schnelle Genehmigungen, gut ausgebildete Fachkräfte sowie wenig Bürokratie und Steuern. Selbst bei einem „Weiter so“ auf dem eingeschlagenen Energiewendepfad, für den sich viele Betriebe dieser Branchen aussprechen, würde deren Wachstum ohne Verbesserungen der allgemeinen Standortfaktoren massiv gebremst. Daher setzt sich die IHK für Verbesserungen der Rahmenbedingungen insgesamt ein.
- Für viele Unternehmen ist die Elektrifizierung der einzig mögliche Weg, um betriebliche Klimaneutralität zu erreichen. Unternehmen treffen dabei auf zwei zentrale Hindernisse: Die Strompreise sind hoch und auf neue Stromnetzanschlüsse muss viele Jahre gewartet werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, weitere Schritte zur Strompreissenkung zu unternehmen sowie einheitliche Regeln und Fristen für Stromnetzanschlüsse zu schaffen. Dazu gehört auch eine Senkung der Strompreise für alle Unternehmen.



Steuerung und Monitoring beim Klimaschutz besser aufstellen

- Eine stärkere Kohärenz politischer Entscheidungen – vertikal zwischen den politischen Ebenen und horizontal auf Bundesebene – senkt die Kosten der Energie- und Klimapolitik für die Unternehmen. Um die Kohärenz auf Bundesebene zu verbessern, sollte ein Koordinierungsgremium die Entscheidungen der Bundesregierung vorbereiten und deren Umsetzung begleiten. Dafür wäre es sinnvoll, im Bundeskanzleramt einen Staatssekretärsausschuss einzurichten, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern aller beteiligten Ministerien zusammensetzt.
- Eine stärkere Koordinierung ist dringend notwendig, insbesondere im Hinblick auf die deutschen Interessen bei der Entscheidungsfindung in der EU. Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene stärker für einen Abbau von Regulierung und Berichtspflichten einsetzen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken.
- Für die Weiterentwicklung der Klima- und Energiepolitik ist ein umfassendes und unabhängiges Monitoring erforderlich. Die Monitoring-Instrumente sollten durch den Vergleich von Strom-, Gas- und Wasserstoffpreisen mit europäischen Wettbewerbern und die Erfassung der Gesamtsystemkosten des nationalen Energiesystems erweitert werden. Eine institutionell unabhängige Anbindung, beispielsweise an den Bundesrechnungshof, würde die Transparenz und Wirksamkeit zusätzlich erhöhen. Zudem sollte sich das Monitoring stärker als bisher auf die Zukunft und ihre Herausforderungen ausrichten.

Intelligentes Stromnetz – Nutzen statt Abregeln

- Der Ausbau intelligenter Stromzähler muss deutlich beschleunigt werden, damit Strom aus erneuerbaren Energien besser gesteuert und genutzt werden kann. Statt Anlagen bei Netzengpässen abzuregeln, sollte überschüssiger Strom gezielt für flexible Verbraucher eingesetzt werden, wofür Netzbetreiber entsprechende zuschaltbare Lasten ausschreiben sollten. Zudem müssen bestehende Widersprüche in den Regelungen beseitigt werden, damit beispielsweise Eigenerzeugungsanlagen, die bei hoher Netzauslastung keinen Strom ins Netz einspeisen, nicht unnötig mit zusätzlicher Steuerungs- und Regeltechnik belastet werden.



Ansprechpartner

Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg
Andreas Elsner
Bereichsleiter Industrie, Innovation, Unternehmertum
Kerschensteinerstraße 9
63741 Aschaffenburg
☎ 06021 880-132
✉ elsner@aschaffenburg.ihk.de

Impressum

Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Aschaffenburg
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Präsidentin Dr. Heike Wenzel
Hauptgeschäftsführer Dr. Andreas Freundt
Kerschensteinerstraße 9
63741 Aschaffenburg
☎ 06021 880-0
🌐 ihk.de/aschaffenburg

Bildnachweis

Titelbild: © lovelyday12-stock.adobe.com
S. 2: © Serhii-stock.adobe.com
S. 4: © AVTG-stock.adobe.com
S. 5: © Anselm-stock.adobe.com

Stand: März 2026

Es wird keine Haftung für die Aktualität, inhaltliche Richtigkeit oder Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen übernommen. Dieses Positionspapier wurde in der Vollversammlung der IHK Aschaffenburg am 10.03.2026 beschlossen.